NACHRICHTEN DER



32. JAHRGANG - NR. 352

AUGUST / ERNTING 2010

Kontakt über: Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Vorsitzende: Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.

ERSCHEINUNGSVERMERK

Die **HNG-NACHRICHTEN** erscheinen monatlich und haben allein die Gefangenenhilfe und Fälle staatlicher Repression zum Gegenstand. Die Ansichten einzelner Autoren und Leserbriefschreiber decken sich nicht immer mit den Ansichten der Schriftleitung und des HNG-Vorstands. Die Schriftleitung behält sich Kürzungen vor, wobei versucht wird, Sinnentstellungen zu vermeiden. Artikel und Briefe mit Namensnennung (auch Kürzel) werden von den Autoren verantwortet. Für irrtümlich abgedruckte Plagiate und unverlangt eingesandte Manuskripte und Beiträge wird keinerlei Verantwortung übernommen. Eine Rücksendung erfolgt nur bei beigefügtem Rückporto und nach Ermessen. **V.i.S.d.P.: Mareike Brauchitsch c/o Ursel Müller, Sägewerk 26, 55124 Mainz-Gonsenheim.**

Die **HNG-NACHRICHTEN** bleiben solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden sind. Eine Zurhabenahme gilt ausdrücklich nicht als Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Im Falle des Anhaltens oder der Nichtaushändigung sind die **HNG-NACHRICHTEN** mit den Gründen der Nichtaushändigung an den Absender zurückzusenden. Mitglieder der HNG e.V. erhalten die **HNG-NACHRICHTEN** kostenlos, ausgenommen, sie sind mindestens 6 Monate mit ihrem Monatsbeitrag im Rückstand. Außenstehende können Einzelexemplare zum Preis von 3,— Euro beziehen (Jahresabonnement: 31,— Euro für 12 Ausgaben). Es handelt sich jeweils um Selbstkostenpreise einschließlich Versandkosten. Die **HNG-NACHRICHTEN** sind ebenso wie die HNG e.V. kein kommerzielles Unternehmen. Eventuelle Überschüsse werden für die karitative Arbeit im Sinne der Satzung der HNG e.V. verwendet.

Ein Richter, der für ein bloßes Meinungsdelikt eine langjährige Haftstrafe verhängt, begeht einen unerträglichen Willkürakt und damit Rechtsbeugung ...
... Rechtsbeugung ist schweres Unrecht. Wenn Rechtsbeugung aber zu Freiheitsentzug führt, handelt es sich um schwerstes kriminelles Unrecht!

(Bundesverfassungsgericht, Az. 2 BvR 2560/95)

UNBEDINGT BEACHTEN!
Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen! Solltet Ihr einmal keine Post von uns erhalten so gebt uns bitte umgehend Bescheid. e-Post: hng-ev@web.de oder Ferndruck: 03212-1225967

Es gelten folgende Beitragssätze für Mitglieder der HNG:

ermäßigter Monatsbeitrag für sozial Schwache wie Arbeitslose, Lehrlinge, Umschüler etc. **4,- Euro**

für Normalverdiener, **7,- Euro**

Bilanz des BRD-Regimes:

108.562 politische Verfahren wegen Meinungsdelikten (in den letzten zwölf Jahren!)

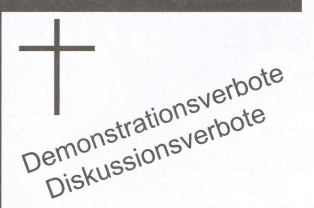
Das sind allein 108.562 gute Gründe, die HNG zu unterstützen!

Unsere Forderung lautet:

Freiheit für alle verfolgten Nationalisten!

Schluß mit der Gesinnungsjustiz!

brddr



Immer präsent durch
ihre besten Seiten

Redeverbote
Berufsverbote
Parteienverbote
Versammlungsverbote

Jeder kann bei uns seine Meinung frei äußern

VORAUSSETZUNG IST ALLERDINGS:

Sie entspricht der von uns veröffentlichten

Aufgrund erweiterter Sondergesetzgebung §130 GG,
wird die seitherige Darstellung nicht mehr erscheinen.

Das Imperium der Lüge zerbricht an der Wahrheit

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluß vom 04.11.2009, Az. 1 BvR 2150/08, endgültig entschieden, daß das Versammlungsverbot des Trauermarsches für Rudolf Hess in Wunsiedel und der neue § 130 IV StGB rechtmäßig sind und nicht die Versammlungsfreiheit und nicht die Meinungsfreiheit verletzen.

Das höchste deutsche Gericht hat zwar zugegeben, daß es sich bei diesem Gesetz nicht um ein allgemeines Gesetz, sondern um Sonderrecht handelt, daß dies aber ausnahmsweise mit den beiden Grundrechten in Einklang steht, weil das Grundgesetz geradezu als Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes gedeutet werden kann.

Seit dem 01.04.2005 begeht also eine Volksverhetzung nicht nur, wer zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder wer die Judenvernichtung leugnet oder verharmlost, sondern auch, wer die Würde der Opfer der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft dadurch stört, daß er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.

Der öffentliche Friede wird dann gestört, wenn die Öffentlichkeit von der Tat erfährt. Die Opferwürde wird verletzt, wenn eine Identifikation mit der nationalsozialistischen Rassenideologie erfolgt. Die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft wird bereits dann gebilligt, verherrlicht oder gerechtfertigt, wenn eine einzelne Person geehrt wird, die eine Symbolfigur ist (BVerfG aaO und BVerwG, Urteil vom 25.06.2008, Az. 6 C 21/07, zu finden in NJW 2009, 98). Wir kennen nicht alle Symbolfiguren der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft. Wir wissen auch nicht, ob auch bestimmte Vorgänge symbolhaft sind und daher unter diese Strafvorschrift fallen. Wir wissen schon gar nicht, ab wann bereits eine Identifikation mit der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft vorliegt.

Weitere Informationen unter:
www.deutsches-rechtsbuero.de

GEFANGENENLISTE

-n.G.- = neuer Gefangener, -n.A.- = neue Anschrift

Sylvia Stolz — Münchner Str. 33, 86551 Aichach
Horst Mahler — Anton-Saefkow-Allee 22, 14772 Brandenburg

Ausland und BRD-Postausland

Fröhlich Wolfgang — JVA Sonnberg, A-2020 Hollabrunn
Franklin Anthony — #125969, FCF, PoBox. 999, Canon City, CO. 81215, USA
Honsik Gerd — JVA-Simmering, Brühlgasse 2/A, A – 1110 Wien
Killen Edgar Ray — #112906, C.M.C.F., Unit 3 Max, PO Box 88550, Pearl MS 39208, USA
Melton Christopher — TDCJ # 1097949, Central Unit, One Circle Drive, Sugarland, Texas 77478, USA
Priebke Erich — Associazione Uomo e Libertà, Sg. E. Priebke, Via Cardinal San-Felice N 5, I-00167 Roma
Scutari Richard — # 34840-080, U.S.P. CMU, P.O.BOX 1000, Marion, IL, 62959, USA
Trevor Thompson — #11434 - 1946, West U.S. Highway 40, Greenkastle, IN 46135, USA
Ron Bach Shelby — # 547789, Bill Clements Unit, 9601 Spur 591 Amarillo, TX 79107-9606 USA

Briefkontakt wünschen

Burghardt Jaime — Ludwigshafener Str.20, 67227 Frankenthal
Bake Daniel — Gillstr.1 58239 Schwerte
Diesner Kay — Marliring 41, 23566 Lübeck
Drews David — Oststr.2, 03052 Cottbus
Fischer Matthias — Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Frank Harald — Abteistr. 10, 86687 Kaisheim
Großkopf Rene — Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Hilbrecht Enrico — Anton-Saefkow Allee 22 c, 14772 Brandenburg
Kahlin Sven — Langwiederweg 46, 59457 Werl
Kietz Bruce — Schnoggersburger Weg 1, 39599 Uchtspringe
Kreitmair Michael — Station F2,Haus 33/0,Postfach 1111, 83501 Wasserburg
Köhler Alexander — Deutzener Str. 80, 04565 Regis-Breitingen
Köper Anja *(2 fache Mutter)* — Münchener Straße 33, 86551 Aichach
Kurth Alexander — Am Fort Zinna 7, 04860 Torgau
Küstermann Torsten — Masurenstr. 28, 42899 Remscheid
Lehnertz Daniel — Weinstr. 100, 76889 Klingenmünster
Leipski Hendrik — Station 64 / Goslarsche Landstr. 60, 31135 Hildesheim
Löffelbein-Reusch Tim — Hermann-Herder-Str. 8, 79104 Freiburg

Milde Stefan	Madel 100, 39288 Burg
Müller Steve	Obere Sandstr. 38, 96049 Bamberg
Neubacher Martin	ZfP Reichenau (Haus 4) Feursteinstr. 55, 78479 Reichenau
Nowack Markus	Langwiedenweg 46, 59487 Werl
Ockenga Christian	Ameos Klinikum, Knollstr. 31, 49088 Osnabrück
Rohrbach Christoph	Asperger Str. 60, 70439 Stuttgart
Russer Alexander	Münchener Str. 29, 85435 Erding
Senglaub Sascha	Gartenstr. 4, 07958 Hohenleuben
Schulz Marcel	Werner-v.-Siemens-Str. 2, 92224 Amberg
Schillok Lutz	Seidelstraße 39, 13507 Berlin
Schneeweiß Christian	Tündersche Str. 50, 31789 Hameln
Schunke Philipp Marc	Schnedebruch 8, 31319 Sehnde
Theobald Rene	Seidelstr. 39, TA2, 13507 Berlin
Tulke Heiko	Nordring 02, 95445 Bayreuth
Wiese Martin	Markgrafenallee 49, 95448 Bayreuth
Wischmann Rene´	Seidelstraße 39, 13507 Berlin
Wirth Mathias	Möhlendyck 50, 47608 Geldern
Zollonds Dirk	JVA Lauerhof, Marli-Ring 41, 23566 Lübeck

Alle Kameradinnen und Kameraden und Abonnenten werden gebeten ihre Beiträge auf das neue Konto zu überweisen, damit die Arbeit weiter geht.



Die Neue Bankverbindung lautet:

Sparkasse Mainz
Inhaber: Ursula Müller
Konto Nr.: 2000 52 751
BLZ: 550 501 20



BRIEFE AN DEN VORSTAND

Wichtig: *Die hier veröffentlichten Briefe an den HNG-Vorstand geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers bzw. Schriftleiters wieder. Namentlich gekennzeichnete Schreiben werden von den Verfassern verantwortet. Grundsätzlich gelten alle Schreiben an die Schriftleitung als Leserzuschriften, es sei denn, es ist ausdrücklich etwas anderes vereinbart.*

Brief von Anja

Liebe Ursel,

Danke für die Aufnahme in der „HNG". So weit ich weiß, ist bzw. war mein Bruder Florian auch in der HNG. Er saß bis August 2009 in Beugehaft im Systemkerker Annaberg. Vielleicht sagt er dir ja noch was.

Ja, Sylvia Stolz kenne ich, leider nur eher flüchtig, da sie auf einem anderen Flügel ist. Sehe sie meist nur, mittwochs beim Wäschetausch, da ich ja in der Kammer arbeite. So wie ich sie bis jetzt kennengelernt habe, ist sie eine sehr nette Frau, sehr gepflegt und sticht sofort aus der Masse heraus. Ab und zu ein kurzes Gespräch – für mehr ist keine Zeit, da die einzelnen Flügel streng voneinander getrennt sind.

Meine Kinder sind in einer Pflegefamilie untergebracht. Allerdings eine sehr nette Familie, die ich schon sehr lange kenne und die derartige Pflegschaften schon fast 15 Jahre machen. Aber leider lindert es den Trennungsschmerz auch nur ein bißchen, obwohl ich weiß daß die zwei den Umständen entsprechend „gut" aufgehoben sind. Ist alles wirklich nicht sehr einfach und man kann halt nur versuchen, sich so viel wie möglich abzulenken. Das klappt zwar tagsüber gut mit der Arbeit aber abends um 19:30, wenn die Riegel ins Schloß fallen, kreisen die Gedanken natürlich dementsprechend. Aber all das Gejammer hilft ja bekanntlich nichts, also versuch ich die restliche Zeit des Tages sinnvoll zu nutzen. Zur Zeit lese ich sehr viel Geschichtliches, es gibt ja so viel interessantes, das man noch nicht weiß.

Es wäre schön, wenn du mir die „HNG" zuschicken könntest. Ob ich sie erhalte, ist immer so eine Sache. Je nachdem, wer die Post kontrolliert. Aber ich denke schon. Ein Versuch wäre es sicherlich wert.

Vielen Dank für die Marken.

Mit dem besten und nationalen Gruß
Anja

Brief von Tobias

Heil Euch!

Danke für deinen Brief und die Unterschriftenlisten habe gesehen daß Dirk, Charly und einige Andere mit denen ich in Kontakt stehe anwesend waren!

Es sind jetzt keine 3 Monate mehr und nach meiner Entlassung werde ich auch sofern es meine Arbeit zuläßt zu den Versammlungen und Veranstaltungen kommen!

Mein Vater hat mir letzte Woche beim Besuch mitgeteilt das er mit meinem alten Chef geredet hat und ich zum 01.09 wieder dort anfangen kann, obwohl er ziemlich stinkig war! Aber egal Hauptsache wieder frei und ein geregeltes Leben führen!

Die JVA hat bei der Staatsanwaltschaft Wuppertal 5 Jahre Führungsaufsicht gefordert, langsam drehen die hier voll am Rad! Ein Kamerad, der im Juli entlassen wird hat eine türkische Führungsaufsicht bekommen und bei meinem Glück wird es bestimmt ein Jude! In letzter Zeit gehen mir die Grünen auch total auf die Nerven, werde ständig wie so ein Drogendealer zur Urin Kontrolle geholt – als wenn ich mir irgend so einen Dreck in die Birne knallen würde!

Na gut, das war es dann erstmal wieder von mir. Liebe grüße an Kurt.

Mit unserem Gruß
Tobias

Brief von Alex

Liebe Kameradin Ursel!

Dein getreuer Brief hat mich am Dienstag heil und unbeschadet erreicht und wie immer habe ich mich sehr über Deine Zeilen gefreut. Besten Heilsdank auch für die Marken und die beiden Karten. Deine Gesundheit und Dein Wohlbefinden setze ich voraus, bei mir ist in dieser Hinsicht alles in Ordnung.

Für das derzeit herrschende System empfinde ich nur tiefste Verachtung.

SOLIDARITÄT

Weltweite Organisationen für nationale politische Gefangene:



Frankreich
Collectif d´ Entraide
aux Prisonniers
Europeens (C.E.P.E.)
B.P. 4-7187
F- 30914 NIMES
cedex 2

Spanien
Alternativa Europea
Ap. correos 877
08080 Barcelona

Serbien
SF/RGJ
P. Fah 138
35000 Jagodina

Neuseeland
Western Destiny
P.O. Box 1627
Parap. Beach

U.S.A.
Thule Publication
PO Box 4542
Portland OR 97208

Australien
Australian R.M.
PO Box 2047
Rockingham WA 6168

Liberty Rights Advocates
PO Box 713
JOHNSTOWN
OH 43031 USA

französisch-amerikanische Gefangenenhilfsgruppe
National Alliance
P.O. Box 90, Hillsboro, WV 24946
www.natall.com

Die BRD ist wirklich das schlimmste System, was jemals auf deutschem Boden existiert hat.

Der neue Bundespräsident ist ein weiteres Armutszeugnis für unser Land. In seiner Eröffnungsrede erwähnte er ja gleich, daß er sich auch um die Immigranten in der BRD kümmern will. Schon in Niedersachsen hat er ja schon als erster Ministerpräsident einen Integrationsminister geschaffen. Ein Abschiebeminister wäre meiner Meinung nach viel angebrachter.

Für unseren Kandidaten Frank Rennicke hat es ja leider keine Zusatzstimme gegeben. Wie schon bei der letzten Wahl wurde seine Kandidatur vollkommen totgeschwiegen und dieses Regime bezeichnet sich noch als Demokratie.

In der letzten Woche hatte ich nun ein weiteres Gespräch mit meiner Abteilungsleiterin. Obwohl wir vollkommen verschiedene politische Ansichten vertreten, konnte ich mit ihr diskutieren.

Nach über 4 Wochen Überprüfung wurde mir nun endlich der Bezug der UN genehmigt. Auch weitere Zeitungen wie der PHOENIX, die Nordische Zeitung, Deutsche Stimme, Umwelt & Aktiv, JVA Report und der Klartext wurden mir genehmigt. Also hat meine Beschwerde etwas gebracht und daran sieht man wieder daß man für sein Recht kämpfen sollte. Die Abteilungsleiter bauen schließlich darauf, daß die Gefangenen bereits nach einer einmaligen Ablehnung kapitulieren. Die Kameraden der UN ließen mir auch Grundsatzurteile zukommen, welche sehr hilfreich waren.

So meine liebe Ursel das soll es erstmal von mir gewesen sein. Wie immer freue ich mich auf Deine Rückantwort. Beste Kampfesgrüße gehen auch noch an Kurt.

Mit heimattreuen Grüßen Alex

Aber, aber? Was wird denn jetzt aus dem Kampf gegen Rechts?

Untergrund-Broschüre gibt Tipps für Anschläge

Die deutschen Sicherheitsbehörden sind besorgt:

Nach SPIEGEL-Informationen kursiert in der linken Szene eine Broschüre, die akribisch und professionell Tipps für Brandanschläge und Sabotageaktionen auflistet. „Das ist eine neue Qualität“, sagt ein Verfassungsschützer.

Hamburg - Eine neue Untergrundschrift aus der autonomen Szene beunruhigt die deutschen Sicherheitsbehörden. Seit einigen Wochen kursiert in einschlägigen Kreisen eine 80-seitige Broschüre („prisma“) mit Tipps für Anschläge und Sabotageaktionen. Die anonymen Verfasser beschreiben

darin unter anderem mehrere Brandsätze mit Zeitzündern, Hakenkrallen, mit denen Züge der Bahn zum Halten gebracht werden, und Techniken zum Umsägen von Strommasten. In mehreren Kapiteln widmen sich die Autoren zudem den Ermittlungsmethoden der Polizei und listen detailliert auf, wie man Spuren vermeidet und Observanten abschüttelt.

Verbreitet wird die Broschüre bislang vor allem in der linksradikalen Szene in Hamburg, Berlin und Niedersachsen. Die Berliner Staatsanwaltschaft hat ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und beim Amtsgericht Tiergarten eine Beschlagnahmeanordnung erwirkt. Die Sicherheitsbehörden befürchten, dass das Heft die ohnehin hohe Bereitschaft junger Autonomer zu Anschlägen weiter verstärkt. Mit der Broschüre werde in „bislang unbekannter Akribie und Professionalität zu Straftaten aufgerufen", sagt der niedersächsische Verfassungsschutzchef Hans-Werner Wargel. „Das ist eine neue Qualität, die einem kriminalistischen Handbuch zur Ehre gereichen würde."

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl linksradikaler Gewalttaten 2009 um 53 Prozent gestiegen.

Die Innenminister von Bund und Ländern wollen die Szene nun mit einem Aktionsplan bekämpfen.

Aus der Nullen Schandmaul geifernd Beben: ... das hat´s bei den „Nazis" (Anweisung an die Presse) nur gegeben!

Eine Geheimkonferenz der Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Chefredakteuren und prominenten Journalisten der großen deutschen Zeitungen:

Am 8. Oktober 2008 fand ein Geheimtreffen der Bundeskanzlerin Merkel mit den Chefredakteuren aller großen deutschen Zeitungen und prominenten Journalisten statt. An diesem Tag erklärte Kanzlerin Merkel, die Medien hätten eine wichtige Rolle in der gegenwärtigen Wirtschafts - und Finanzkrise. Aus Gründen der Staatsraison dürften die Bürger nicht die volle Wahrheit über die Staatsfinanzen und die sich entwickelnde Wirtschaftskrise erfahren. Die Medien sollten sich zurückhalten und lieber positive Nachrichten unter das Volk bringen. Sonst gerate das Land möglicherweise außer Kontrolle. Es läge jetzt an den Journalisten, eine Panik zu vermeiden.

Die Medien haben sich weitgehend an diese Weisung gehalten. Die vorstehende Information geht auf Jakob Augstein zurück, welcher offiziell der Sohn von Rudolf Augstein, dem Mitbegründer des SPIEGEL ist.

Jakob Augstein ist in Journalistenkreisen sehr bekannt. Tatsächlich ist Rudolf Augstein aber nicht sein leiblicher Vater.

Merkel feiert Sowjetsieg in Moskau mit

Ein Erfolg für die Antifa

Am Sonntag, dem 9. Mai 2010, feierte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Roten Platz in Moskau den Sieg der Sowjets über das Deutsche Reich mit.

Zum ersten Male nahm ein bundesdeutscher Regierungschef an der Moskauer Militärparade teil, die den Sieg der Bolschewisten über das mit Deutschland verbündete Europa nach 65 Jahren in Erinnerung rufen sollte.

Die Fahne, die die Rote Armee 1945 nach der Eroberung Berlins auf dem Dach des zerstörten Deutschen Reichstags gehißt hatte, wurde als Reliquie des Triumphes von russischen Soldaten in den grünen Uniformen des Jahres 1945 über den Roten Platz getragen.

Nach den Russen marschierten zum ersten Male auch Militärabordnungen der westlichen Alliierten, der Amerikaner, Engländer, Franzosen, sowie auch der Polen an den Ehrengästen vorbei, unter denen Merkel den Ehrenplatz neben Ministerpräsident Putin und nahe dem Staatspräsidenten Medwedjew bekam.

Die Staatschefs aus Washington, London und Paris hatten ihre Teilnahme abgesagt, da sie wegen der drängenden Griechenlandkrise in ihren Hauptstädten vor Ort bleiben wollten.

Es wäre für die Bundeskanzlerin ein Leichtes gewesen, mit dem Hinweis auf den wichtigen Wahltag in Nordrhein - Westfalen oder die anstehende Finanzkrise der Europäischen Union die Einladung zu der Militärparade dankend abzulehnen, wenn sie schon nicht den Mut hatte, auf die natürliche Pflicht eines jeden Deutschen hinzuweisen, an diesem Spektakel nicht teilzunehmen.

Ihr fehlt aber offensichtlich jedes Anstandsgefühl, daß sie auf solch einer Feier des Sieges über ihr eigenes Volk nichts zu suchen hatte. Die damit begründete Absage hätte jeder nationalbewußte Russe verstanden.

Aber sie fuhr nach Moskau und zu dem Platz, wo vor 65 Jahren zur Gaudi der Russen Tausende deutscher Soldaten wie Vieh über das Pflaster getrieben wurden, von denen die allermeisten in den folgenden Jahren elend in den berüchtigten Sowjetlagern krepierten. Man sagt, es seien diesen Gefangenen kurz vorher noch Abführmittel unter die Nahrung gegeben worden, damit sie in ihrem ganzen körperlichen Elend und in ihrer großen Hilflosigkeit erscheinen mußten.

Merkel ehrte mit ihrer Gegenwart bei der Parade die Angehörigen der Roten Armee, die wie Dschingis Khans Horden 1945 über Ost- und Mitteldeutschland hinweggegangen waren, die, von Ilja Ehrenburg aufgepeitscht, hunderttausendfachen Tod den deutschen Zivilisten gebracht, die millionenfache Vergewaltigungen deutscher Frauen verübt, die Jahrzehnte lang eine Schreckensherrschaft zwischen Oder und Elbe begründet hatten.

Sie gedachte nicht der Millionen Deutscher und der Hunderttausende Freiwilliger aus allen Völkern Europas, die sich vier Jahre lang unter Einsatz ihres Lebens dem Bolschewismus in den Weg gestellt und es erreicht hatten, daß die rote Flut nur bis zur Elbe kam und das westliche Europa von ihr frei gehalten wurde, daß die rote Fahne nicht auch über Rom, Paris und London wehte.

Frau Merkel legte keinen Kranz für diese Soldaten und die übrigen Opfer des eigenen Volkes nieder, wie es der auch erschienene geschäftsführende polnische Staatspräsident Bronislaw Komorowski anschließend ganz selbstverständlich an Moskauer Gedenkstätten für die Opfer Stalins tat, wobei er sicher in erster Linie natürlicherweise an seine Landsleute dachte, die dem sowjetischen Terror zum Opfer gefallen waren.

Die Bundeskanzlerin bewies wieder einmal, wie sehr ihr natürlicher Takt und sicherer Stil fehlen, daß sie kein Volksund Geschichtsbewußtsein besitzt, daß sie keine ehrenwerte Vertreterin unseres Staates gegenüber dem Ausland ist.

Sie vertritt die junge geschichtslose, umerzogene, gegen ihr Volk aufgehetzte Generation der gegenwärtigen deutschen Spaßgesellschaft. Ihre Erklärung, sie habe mit dem Besuch der Siegesparade der deutsch- russischen Freundschaft und Versöhnung dienen wollen, kann nicht als Entschuldigung dienen.

Dazu hätte ein Treffen zu einem anderen Zeitpunkt besser dienen können. Zudem wird ihre Kriecherei vor den ehemaligen Feinden des Reiches von den selbstbewußten Russen verachtet, was ihre Stellung als Verhandlungspartnerin in Moskau sogar schwächt.

Armes Deutschland, für das so große Opfer gebracht wurden.

Quelle:
EURO-KURIER 7/2010
grabert-verlag.de



Öffentliche Zurschaustellung von 57.000 gefangenen deutschen Soldaten (Moskau, 17. Juli 1944)

§§ 21, 22 KURhG - 07/2010
Verhaltensmaßregeln gegenüber den Medien

Aufgrund von jahrelanger Erfahrung sind wir zu der Auffassung gekommen, daß es meist die Medien sind, die jeweils als erste gegen bestimmte politisch unkorrekte Personen oder Verbände vorgehen, und erst danach schalten sich die Behörden ein und ergreifen ihre Maßnahmen. Aus diesem Grunde empfehlen wir Ihnen die folgenden Verhaltensmaßregeln gegenüber den Medien:

1. Bewahren Sie Ruhe.

2. Lassen Sie sich von Medienvertretern weder durch Freundlichkeiten übertölpeln noch durch Drohungen einschüchtern.

3. Seien Sie sich darüber im Klaren, daß die Presse Ihnen gegenüber nicht fair ist, sondern vor allem auf Sensationshascherei aus ist. Dies gilt besonders für freie Journalisten, die finanziell sehr unter Erfolgszwang stehen.

4. Seien Sie sich darüber im Klaren, daß Sie nicht verpflichtet sind, Medienvertretern Auskunft zu geben oder deren Fragen beantworten zu müssen. Unterlassen Sie daher grundsätzlich und vollständig und von Anfang an jedes Gespräch und jede Äußerung gegenüber Medienvertretern.

5. Vermeiden Sie auffällige oder provozierende Handlungen und Äußerungen. Denn nur dann, wenn irgend etwas geschieht – am besten etwas Auffälliges -, kann die Presse darüber berichten und Fotos machen. Dort, wo dagegen nichts oder jedenfalls nichts Neues oder Außergewöhnliches geschieht, kann auch nicht viel berichtet oder fotografiert werden, und das Interesse der Medien erlahmt.

6. Geben Sie niemals Ihre Einwilligung, wenn Sie fotografiert werden sollen.

7. Wenn Sie zu Recht fotografiert werden sollen, müssen Sie dies dulden (Wann dies der Fall ist, ist in "Mäxchen Treuherz" im Kapitel "Mäxchen und die Fotos" nachzulesen).

8. Wenn Sie zu Unrecht fotografiert werden, sind Sie dagegen berechtigt, Notwehr zu leisten. Sie dürfen:

► dem Fotografen widersprechen,

► danach die Kamera festhalten und weitere Aufnahmen verhindern,

► danach dem unberechtigten Fotografen den Film mit entsprechenden Aufnahmen abnehmen,

► die beanstandeten Negative behalten und

► müssen die restlichen Negative zurückgeben.

Diese Handlungen sind erlaubt, auch wenn es dabei zu einer Sachbeschädigung der Kamera und der Bilder oder sogar zu einer Körperverletzung des Fotografen kommt (OLG Düsseldorf, Beschluß vom 15.10.1993, Az. 2

Ss 175/93-65/93 II – 2 Ws 214/93, zu finden in NJW 1994, 1971 f. – 39K93 -).

9. Gegen unberechtigtes Fotografieren legen Sie außerdem Rechtsmittel ein. Welche dies sind, ist ebenfalls in "Mäxchen Treuherz" in dem genannten Kapitel nachzulesen.

10. Führen Sie bei Veranstaltungen oder beim Auftreten von Medienvertretern einen Fotoapparat oder eine Filmkamera griffbereit mit sich, damit Sie zu Beweiszwecken fotografieren können.

11. Unterlassen Sie es sicherheitshalber, Polizeibeamte zu fotografieren und deren Bilder zu veröffentlichen.

Das Deutsche Rechtsbüro bittet daher um folgendes:

1. Halten Sie sich an die obigen Verhaltensmaßregeln.

2. Wenn gegen Sie dennoch ein Strafverfahren oder ein Zivilverfahren eingeleitet wird, legen Sie bitte Rechtsmittel ein.

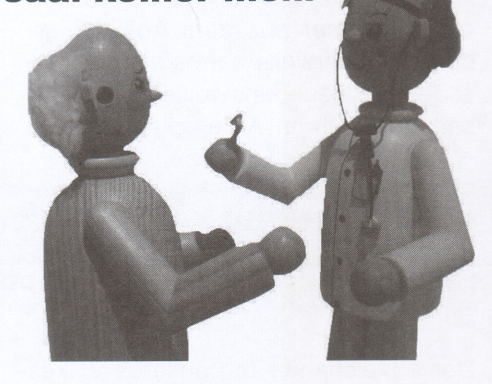
3. Fordern Sie die oben genannte Entscheidung aus unserem Archiv an.

4. Senden Sie uns Gerichtsentscheidungen und Meldungen zu diesem und anderen juristischen Fragen für unser Archiv. Es ist nur so gut und so aktuell, wie es von Ihnen die entsprechenden Nachrichten erhält!

Verfaßt von Klaus-C. Holmar
Deutsches Rechtsbüro, Postfach 400 215, 44736 Bochum

www.deutsches-rechtsbuero.de

Wenn im Operationssaal keiner mehr Deutsch spricht



Wer auf dem Operationstisch liegt und darauf wartet, daß es gleich los geht, wird sich eines mulmigen Gefühls nicht erwehren können. Das ist aber noch gar nichts gegen die Bedenken, die bei dem bedauernswerten Patienten aufkommen dürften, wenn ein babylonisches Sprachengewirr den Operationssaal erfüllt.

Der Narkosearzt spricht leider im Wesentlichen rumänisch und ein bißchen deutsch, das sich aber nicht mit den bescheidenen deutschen Sprachkenntnissen des Chefarztes deckt, der wiederum eher im Ungarischen zu Hause ist. Keiner scheint sich auszukennen, weil alle zum ersten Mal in der Klinik arbeiten.

Wo ist der Sauerstoff? Oder ist das vielleicht doch Lachgas? Hat einer vielleicht das Skalpell gesehen?

Solche Verhältnisse herrschen leider in immer mehr Krankenhäusern in Deutschland. Schuld daran ist die Praxis, in zunehmendem Maße auf fest angestellte Ärzte zu verzichten und dafür lieber auf Leihärzte zurückzugreifen, die von Klinik zu Klinik wandern und auf Honorarbasis entlohnt werden. Das ist billiger. Dazu hat das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" die Haltung des SPD-Gesundheitspolitikers Lauterbach folgendermaßen dargestellt „Und die größte Gefahr sieht Lauterbach in Ärzten aus dem Ausland, deren Ausbildung oft nicht genüge. Oder die am Ende gar keine Ärzte sind. In seinem Institut für Gesundheitsökonomie an der Kölner Uni-Klinik bewarb sich ein ukrainischer Arzt. „ Wir haben uns seine Zertifikate angeschaut und fanden heraus, daß die medizinische Fakultät, an der er sie erworben haben wollte, gar nicht existiert."

Allein in Brandenburg sollen schon 400 Mediziner aus dem Ausland arbeiten. Mittlerweile hat es auch schon Todesfälle gegeben, weil sich die Reiseärzte an ihren Arbeitsplätzen nicht auskannten und auch als zusammen gewürfelter Haufen kaum zur Teamarbeit imstande waren. Nach einer Studie der Universität Innsbruck lassen sich 10% aller tödlichen Zwischenfälle im Narkosewesen darauf zurückführen, daß Gastmediziner sich nicht auskannten Ein Arzt wurde im „Spiegel" so zitiert: „Wenn man sich morgens um 7 in der OP trifft und keiner kennt sich wirklich aus, dann wird mir mulmig".

Es gibt genug deutsche Ärzte. Es wäre auch ausreichend Geld da, um sie für ihren Dienst in den Krankenhäusern anständig zu entlohnen. Aber wichtiger sind die Gehälter der Krankenkassenbonzen, die Profite der Pharmaindustrie und die Versorgung des Auslands.

Deshalb gehen unsere Ärzte nach Skandinavien, während sich bei uns der Gang ins Krankenhaus immer mehr zu einer Runde Russisch Roulette entwickelt.

Quelle:
freies-pommern.de

Der deutsche Volkstod –

Ein Szenario düsterer Theatralik oder bittere Realität?

Der schleichende Tod unseres Volkes und das damit verbundene Sterben der deutschen Seele hat, viele Formen und begegnet uns mittlerweile, fast unbemerkt im Alltag. Sehr deutlich wird es bei uns in Ostthüringen, wenn man den Wohnungsüberschuß, sowie die kontinuierlichen Abrißarbeiten der "Plattenbauten" – also den Rückbau – betrachtet.

Man könnte die leer stehenden Wohnungen und Häuser damit begründen, daß viele in Dörfer und Gemeinden wechseln oder aber in die alten Bundesländer auswandern, um dort eine



bessere Existenz aufbauen zu wollen. Oder aber man nimmt sich die Einwohnerzahlen und Statistiken der letzten Jahrzehnte zur Hand und setzt den sog. demografischen Wandel in Vergleich. Im Vergleich dessen, wie bevölkerungsstark unser Land vor etwa 50 Jahren war, und wie sich die Geburten entwickelt haben. Nur sind diese Diagnosen recht ungenau.

Man kann nicht mehr außer Acht lassen, daß die Bevölkerungszahlen zwar anhand der in Deutschland lebenden Menschen gezählt wurden und werden. Jedoch wird nicht unterschieden, zwischen deutschem Stammvolk und Eingebürgerten. Trotz dessen, daß die Bevölkerungszahlen stark rückgängig sind, wächst der Bevölkerungsanteil mit “Migrationshintergrund”.

Prognosen befürchten, daß ca. im Jahr 2040 der Anteil Deutscher in Deutschland erstmals unter 50% sinken wird!

Im Zuge des anerzogenen Selbsthasses nehmen viele diesen Fakt als gegeben hin. Als nationale Opposition wehren wir uns gegen diese Genozid-Politik und ihrem Nährboden, probieren nach und nach Transparenz in diese komplexe Problematik zu bringen. Ehe wir nach der Frage suchen, warum deutsche Familien weniger Nachwuchs haben, müssen wir “Familie heute” mit ins Kalkül ziehen.

Das klassische und einzig sinnvolle Modell: Vater-Mutter-Kinder, wurde im Zuge des liberalen Zeitgeistes ad absurdum gestellt. Gleichgeschlechtliche, nicht zeugungsfähige Paare wurden per Gesetz in den Stand der Ehe gehoben. “Altmodische Paare”, jung und alt, überlegen sich mehrfach, ob sie in unseren ungewissen Zeiten, ein oder mehrere Kinder in diese Welt setzten. Was können sie ihren Liebsten bieten, wenn nicht abschätzbar ist, wie der morgige Tag zur Neige geht.

Des Weiteren muß man ganz genau betrachten, wie probiert wird, die Einwohnerzahlen des Landes auf Niveau zu halten. Man tauscht uns einfach aus, das dramatische daran, es ist keine Fiktion. Etwa 15 Millionen nicht deutschstämmige Einwohner in der BRD sind real, sind heute, sind hier. Wenn moralische Desorientierung, Arbeitsnot und allgemeine Zukunftsangst den Alltag bestimmen, endet es oft in Resignation. Doch dieses Schüren der Ungewißheit kommt nicht von ungefähr und ist stetiger Wegbegleiter einer gewissenlosen Geschäftswelt, in der ein Angestellter flexibel gemacht und unten gehalten wird.

Unter dem Motto: Volkstod stoppen! wird es Thüringen weit das ganze Jahr hindurch Informationsveranstaltungen geben, um dem Aussterben unserer Art entgegen zu treten.

Quelle: FN Altenburg
www.fn-altenburg.info

Mehr Netto vom Brutto -

Bankrott des Gesundheitswesens

Mehr Netto vom Brutto – mit diesem Wahlspruch ist die FDP ins Rennen um die Bundestagswahl im September 2009 gegangen. Die proklamierte Durchsetzung eines gerechteren Steuersystems hat wahrscheinlich einen Großteil dazu beigetragen, dass die FDP 14,6 Prozent der Stimmen erhielt und somit eines der besten Ergebnisse ihrer Parteiengeschichte erzielen konnte.

Ob Westerwelle, Lindner oder Flick: alle forderten lauthals, dass sich Arbeit wieder für das Gros der Menschen lohnen müsse. Besonders Geringverdiener sollten dabei von zusätzlichen Beitragsbelastungen verschont werden. Doch was ist von diesem Versprechen übrig geblieben?

Im Zuge der Umstrukturierung und Reformation des Gesundheitswesens unter der Schirmherrschaft von Philipp Rösler (FDP) werden die Krankenkassenbeiträge demnach von 14,9 Prozent auf 15,5 Prozent steigen; 8,3 Prozent entfallen auf den Arbeitnehmer, 7,2 Prozent auf den Arbeitgeber. Bei einem Jahresbrutto von 12.000 Euro entspricht das einer Zusatzbelastung von 36 Euro, bei 40.000 Euro von 80 Euro, bei 60.000 Euro von 78 Euro und bei 150.000 Euro einer von 77 Euro.

Auf Grundlage der Beitragsbemessungsgrenze für Höchstverdiener bleiben durch diese "Reform" primär Geringverdiener auf der Strecke. Zuzüglich zu den einkommensabhängigen Beitragserhöhungen, können die Krankenkassen noch einkommensunabhängige Zusatzbeiträge, also eine Art Kopfpauschale, erheben und ihren „Kunden“ noch stärkere Belastungen auferlegen.

Die Gesundheit des Volkes ist wie alles in der Geldsack-Demokratie längst zum "Kostenfaktor" geworden - der "Wettbewerb der Krankenkassen" um Marktvorteile und Kunden hat den eigentlichen Sinn der Gesundheitsvorsorge längst auf den Kopf gestellt. Die "Lösungen" der Probleme sind grundsätzlich finanzieller Natur: Dann müssen eben die Preise erhöht werden!

Zwar reichen die Aussagen der oppositionellen politischen Couleur sowie der Gewerkschaften von "Wahlbetrug", über "Wählerverrat", bis hin zu "Entlarvung der FDP", jedoch haben auch sie uns schon oft genug bewiesen, wie ernst ihnen die Wünsche und Sehnsüchte des eigenen Volkes am Herzen liegen.

Nun sind die demokratischen "Lösungen" natürlich keine echte Überraschung - im Gegenteil kann wohl nicht ernsthaft erwartet werden, dass Menschen mit der Überzeugung, dass Geld das Wichtigste im Leben ist, überhaupt etwas anderes sehen können. Vor allen Dingen auch dann nicht,

wenn es aus irgendeinem uns unbekannten Grund Hunderte von Krankenkassen geben muss, die sich alle gegenseitig "Kunden" abwerben und sich letztlich doch wieder gegenseitig mit Ausgleichszahlungen ausgleichen und die alle die gleichen Verwaltungsabläufe unterschiedlich teuer zu lösen imstande sind.

Die Gesundheit ist in der realexistierenden Demokratie längst zur Frage des Geldsackes geworden – ausgerechnet jene, die stets jede Minderheit benachteiligt sehen und großzügig auf Kosten des deutschen Volkes versorgen, opfern die Gesundheit des deutschen Volkes aus "Kostengründen".

Quelle:
www.spreelichter.info

■

Offiziell nun über 16 Millionen Zuwanderer in Deutschland

Wiesbaden - Wie aus einer Meldung des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, überschritt der Anteil von fremdvölkischen Zuwanderern, hier Deutschland, im Jahr 2009 erstmals offiziell den Wert von 16 Millionen. Durch verstärkten Zuzug und Geburtenexplosionen sowie die Auswertung neuer Daten, die erstmals die rund 350.000 Kinder der hier lebenden Fremden mit einbezogen haben, ist die Zahl um 715.000 angewachsen. Der offizielle Bevölkerungsanteil der Personen mit Zuwanderungshintergrund beträgt nun 19,6 Prozent. Weitere Erkenntnisse der Untersuchung sind, dass Menschen mit Zuwanderungshintergrund deutlich jünger sind als diejenigen ohne (34,7 gegenüber 45,6 Jahre), sie im Alter von 25 bis 65 Jahren etwa doppelt so häufig erwerbslos sind (12,7 Prozent gegenüber 6,2 Prozent) und außerdem ein erhöhtes Armutsrisiko besteht.

Die Augsburger Allgemeine berichtet außerdem:

„Menschen mit Migrationshintergrund sind nicht nur deutlich jünger, sondern auch weitaus häufiger ledig (45,8 Prozent gegenüber 38,3 Prozent). Der Anteil der Männer unter ihnen ist höher (50,3 Prozent gegenüber 48,7 Prozent). Sie leben bevorzugt im früheren Bundesgebiet oder in Berlin (96,2 Prozent gegenüber 81,2 Prozent)."

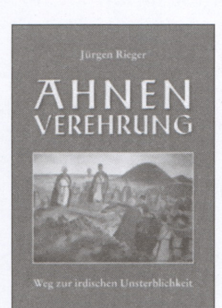
„Bei Menschen mit ausländischen Wurzeln fehlt häufiger der allgemeine Schulabschluss (14,0 Prozent gegenüber 1,8 Prozent) oder berufliche Abschluss (42,8 Prozent gegenüber 19,2 Prozent).

Und ihr Armutsrisiko ist weit höher. 25,2 Prozent aller sogenannter «Lebensformen» (Alleinstehende, Alleinerziehende sowie alle Paare mit und ohne Kinder) sind armutsgefährdet, wenn der Bezieher des Haupteinkommens einen Migrationshintergrund hat. Bei Menschen ohne ausländische Wurzeln waren es 2009 nur 11,1 Prozent."

VERNETZUNG

Deutsches Rechtsbüro
www.deutsches-rechtsbüro.de
Bildungswerk Hoffmann v. Fallersleben
www.fallersleben-bildungswerk.de
Exilstaat VODR (GDO, NDO, StDO)
www.vodr.net
Informelle Vernetzung für den Widerstand im Norden
www.netzwerknord.com
Deutschherrenklub
www.deutschherrenklub.bravehost.com
Freies Pommern
www.freies-pommern.de
Gemeinschaft Deutscher Frauen
www.g-d-f.de
Aktionsbündnis Mitteldeutschland
www.nwbb.org
Arbeitskreis Computertechnik im Freistaat Preußen
www.preussen.forum8.biz
Nationales Bündnis Dresden
www.nationales-buendnis-dresden.de
Nordisches Hilswerk
www.nordischeshilfswerk.org
NPD-Wetterau
www.npd-wetterau.de
NPD-Mecklenburg und Pommern
www.npd-mv.de
Bücherherold
www.buecherherold.com
Lausitz Infos
www.lausitz-infos.net
UN Nachrichten
www.un-nachrichten.de
Freier Widerstand Bergisches Land
www.fw.nationales-netz.com
Nordland Verlag
www.nordland-verlag.com
FNSI
www.fsni.info
NPD Siegen
www.npd-siegen.de
Nationalisten Senftenberg
www.senftenberger.blogspot.com
AfP Kommentare
www.afp-kommentare.at

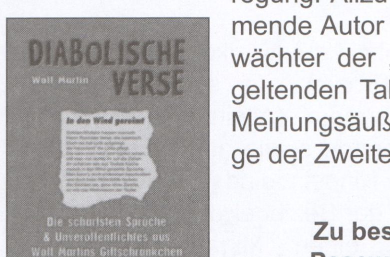
BUCHEMPFEHLUNGEN



Rieger, Ahnenverehrung

Über fünf Jahre lang hat Jürgen Rieger alles zusammengetragen und dokumentiert, was zu diesem Thema von Bedeutung ist. Herausgekommen ist ein Standardwerk - und das Vermächtnis des Autors zugleich.

Art.Nr.: PD-02348 EURO 12,90,-



Martin, Diabolische Verse

Seit bald 10 Jahren sorgen Martin´s Verse auch für Aufregung: Allzu oft gießt der eigentlich selbst von links kommende Autor seinen Spott über die sittenstrengen Tugendwächter der „political correctness" aus, verletzt die heute geltenden Tabus in Geschichtsbetrachtung und politischer Meinungsäußerung und verstößt gegen manche Lebenslüge der Zweiten Republik.

Art.Nr.: PD-02311 EURO 14,50,-

Zu bestellen beim Pommerschen Buchdienst
Pasewalker Str.36 - 17389 Hansestadt Anklam
Tel. & Fax 03971/241533 - Mobilfunk 0175/2505352
Weltnetz: www.pommerscher-buchdienst.de

SCHWARZE LISTE

Brusch/Morgenstern	Herdam Alexander	Niemann Ronny
Banaskiewicz Christian	Hohmann Andre	Ollesch Markus
Bendler Hans-Werner	Huter Simon	Ranzinger Florian
Blankert Michael	Haase Sven	Roman Peter
Barth Sven	Jackwert Daniel	Symader Frank
Berger Sebastian	Jahn Andreas	Sommer Rainer
Breideband Martin	Karnath Alexander	Schiefelbein Denise
Cordes Florian	Krautheim Jörg	Seifart Jeannette
Dietrich Robert	Krüger Lasse	Schröder Daniel
Fromm Stefanie	Kummer Manuela	Strache Marko
Gerboth Christian	Lehmann Jörg	Stamm Nina
Gehlert Stefan	Leopold Karin	Spruth Bernhard
Happke Marko	Marten Hans Gabels	Teichmann Lars
Hartmann Katja	Naggy Stefan	



Es gibt Tugenden für Führer und Tugenden für Geführte. Auch zu den letzten gehört, daß man Wesen und Ziele echter Politik begreift — sonst trabt man hinter Narren her und die geborenen Führer gehen einsam zugrunde.

Oswald Spengler





WICHTIGER HINWEIS:

Bei Geldspenden an Kameraden immer erst mit diesen Rücksprache halten!
Niemals einfach an die Haftanstalten überweisen.
Das Geld könnte in die falschen Hände geraten!



Neue Wohn- oder Postanschrift bitte sofort dem HNG Vorstand mitteilen.

Ein Nachsendeauftrag den ihr bei der Post beantragt heißt nicht, daß wir eure neue Anschrift dadurch erfahren.

Ihr müßt uns eure neue Adresse/Anschrift persönlich mitteilen!

Danke!

...sagt der Vorstand der HNG
allen Kameradinnen und Kameraden,
insbesondere N.Kl. – G. Sch – St. Wieg – C. Schmi – G. Bed – Wolfg. Schü – PC Rec. – Kameradschaft Nationales Augs. - Ta. Drib - Tho. Persch - und alle die etwas mehr zahlen, für ihre Geld- und Sachspenden, mit denen sie die Gefangenenhilfe unterstützt haben.

DAS KETZERBREVIER

In den Wind gereimt...

Es sitzen seltsame Gesellen
heut an Europas Führungsstellen,
und einen grausen Anblick bieten
Konzerngewalten und „Eliten“:
Verschlagen, gierig und brutal
und ohne jegliche Moral
fülln sie, auf Kosten breiter Massen,
frech, scham- und maßlos ihre Kassen.
Doch reden sie von früh bis spät
von Menschenrecht, Humanität,
Aufklärung, liberalen Sinn
und allgemeinem Lustgewinn,
und täglich hört man sie beschwören:
Das Böse darf nie wiederkehren!

(Kronenzeitung, Wien, Wolf Martin)

Bitte hier abtrennen und einsenden an: Ursel Müller, Sägewerk 26, D - 55124 Mainz-Gonsenheim

ANTRAG AUF MITGLIEDSCHAFT

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft in der Hilfsgemeinschaft für nationale politische Gefangene (HNG) e.V. Die Mitgliedschaft beginnt mit der Bestätigung dieses Antrages.

☐ Von der Satzung des Vereins habe ich Kenntnis genommen.
☐ Die Satzung soll mir zugeschickt werden.

NAME:	VORNAME:
GEBURTSTAG:	GEBURTSORT:
WOHNORT:	STRASSE:
BERUF:	TELEFON:
E-POST-ADRESSE:	MOBIL-TELEFON:
DATUM:	UNTERSCHRIFT:

Es könnte von Vorteil sein, wenn Sie uns die Anschrift des/der nächsten Angehörigen mitteilen.

NAME und ANSCHRIFT: